

Wissenstransfer für den gesellschaftlichen Fortschritt

Der Nutzen der Kooperation von Wissenschaft und Gewerkschaften

Von Sabine Blum-Geenen und Karsten Schneider

Die Arbeiterbewegung hat sich bereits relativ früh für akademisches Wissen und Forschung, insbesondere deren praktische Folgen für die industriellen Beziehungen und Arbeitsbedingungen, interessiert. Intellektuelle haben ihrerseits den Kontakt zu den Gewerkschaften gesucht. Die politische Bewertung der Gewerkschaften als emanzipative, die Gesellschaft modernisierende Kraft, hatte auch mit der spezifischen Kooperation mit Wissenschaft zu tun. Die immer größere Komplexität und schnellere Dynamik der Arbeitswelt (und letztlich der Gesellschaft) macht die Interaktion zwi-

schen Wissenschaft und Gewerkschaften wichtiger.

Im Verhältnis von Wissenschaft und Gewerkschaften sind drei Ebenen zu unterscheiden. Erstens stellt sich die Frage, wie sich die ArbeitnehmerInnen bzw. ihre Organisationen das generierte Wissen nutzbar machen können und welche Aufgaben und Strategien sich für die Akteure daraus ergeben. Zweitens wächst – angesichts politisch gleichförmiger werdender Wissenschaft, z. B. der deutschen Volkswirtschaftslehre – die Bedeutung der Förderung alternativer und kritischer Wissenschaftsthemen und Wissen-

schaftlerInnen, die sich solcher Themen annehmen. Drittens lässt sich fragen, wie die Gewerkschaften ihre fachlichen Anforderungen an Wissenschaft aktiv formulieren können. Das Management von Wissenschaftszugängen sowie das Verhältnis von Auftragsforschung und Lernfähigkeit sind hier als Herausforderungen zu thematisieren.

Wissen und Wissenstransfer

Bis in die siebziger Jahre pflegten GewerkschafterInnen in der Bundesrepublik ein relativ unkritisches Verhältnis zu WissenschaftlerInnen und wissenschaftlichen Arbeiten. Einerseits fehlte es an der eigenen akademischen Ausbildung, um wissenschaftliche Methodik ausreichend bewerten zu können. Andererseits konnten sich die Akteure auf das eigene Erfahrungswissen angesichts der im relativ stabilen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse eher verlassen.

Dr. Sabine Blum-Geenen arbeitet als Leiterin des Projektes Wissenschaftskoordination beim Vorstand der IG Metall, sie lebt in Eschborn

Dr. Karsten Schneider ist Referatsleiter in der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, er lebt in Wuppertal

Mit der höher werdenden Zahl akademisch ausgebildeter ArbeitnehmerInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen sowie der an Dynamik gewinnenden gesellschaftlichen Entwicklung seit den siebziger Jahren änderte sich dies.

Immer häufiger beschäftigten sich wissenschaftliche Forschungsvorhaben mit arbeitspolitischen Themen: Einerseits nahm die Zahl gewerkschaftsnaher Industriesoziologen zu, die solche Themen für relevant erachteten, andererseits kam es zu einer regen finanziellen Förderung solcher Forschungsvorhaben im Zuge der „Humanisierung des Arbeitslebens“- bzw. HdA-Programme des damaligen Bundesarbeitsministeriums – ein übrigens zu wenig beachtetes Verdienst der sozialliberalen Koalition.

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit machte sich wissenschaftliche Erkenntnisse zu Nutze. So wurden in den siebziger Jahren neue Bildungskonzepte entwickelt, wonach

über das Wissen verfügen und das die potenziellen Anwender über dieses Wissen nur in Kenntnis gesetzt werden bzw. es lernen müssten. Dieses Top-down-Modell funktioniert aber kaum. Einerseits bleiben die Interessen der Nutzer unberücksichtigt, andererseits kann nicht umstandslos davon ausgegangen werden, dass das Wissen von den Adressaten verstanden wird. Transfer funktioniert nur als Prozess der Kooperation, weil die spezifische Anwendung von Wissen durch den Wissenschaftler nur selten geleistet werden kann, dazu bedarf es des Praktikers (Fricke 2003).

Die Kooperation von Wissenschaft und Praxis benötigt, um zu problemadäquaten Lösungen zu führen, einen institutionellen Rahmen. Um diesen können sich sowohl Wissenschaft als auch Gewerkschaft bemühen. Konkret richtet z.B. die Hans-Böckler-Stiftung als Forschungsförderungseinrichtung Beiräte bzw. Workshops zur Begleitung

davon, ob sie dieses durch eigene akademische oder autodidaktische Bildung erworben haben. Leider sind diese Akteure meist auch diejenigen, die am wenigsten Zeit für diese Rückkopplungsprozesse haben. Diese Prozesse sind aber relativ arbeitsintensiv, wenn sie erfolgreich sein sollen.

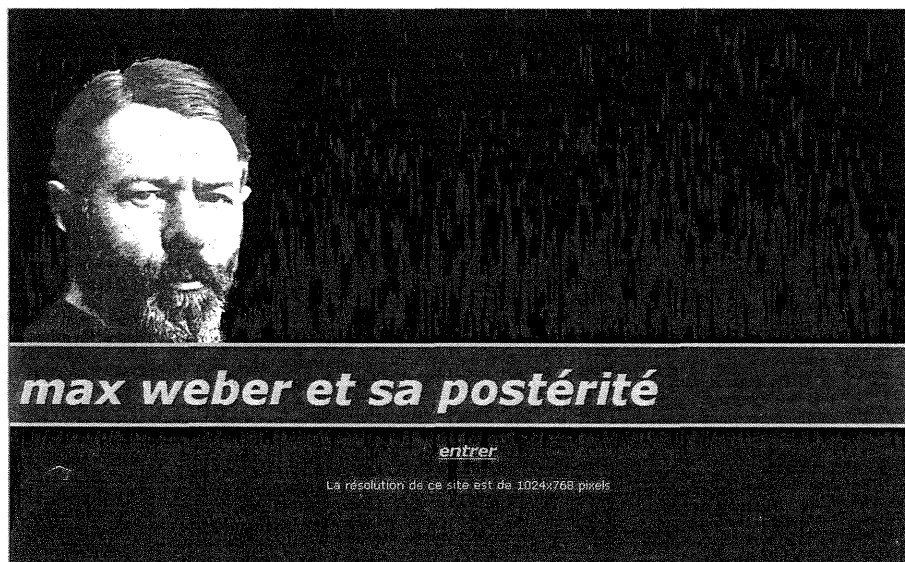
Die Wissenschaft trägt nicht selten zu der Vergrößerung der Distanz bei, indem einfache Sachverhalte kompliziert dargestellt werden. Popper (1987) hat dies – auch wenn die Axiome seiner eigenen Arbeit kritisch diskutiert werden können – prägnant auf den Punkt gebracht und zu mehr Bescheidenheit der Wissenschaftler geraten.

Aber nicht nur die WissenschaftlerInnen agieren gelegentlich, ohne den Austausch mit der Praxis im Blick zu haben und sich über Adressaten im Klaren zu sein, auch betriebliche bzw. gewerkschaftliche Akteure haben die Weiterverwendung des erworbenen Wissen mitunter zu wenig im Blick. Sowohl ForscherInnen als auch PraktikerInnen sollten die Verbreitung von Forschungsergebnissen frühzeitig und konsequent planen.

Förderung kritischer Wissenschaft und Wissenschaftler

In Zeiten des beinahe vollständigen monetaristischen und neoklassischen Sieges in der deutschen Volkswirtschaftslehre – personell gibt es beinahe keine anders besetzten Lehrstühle mehr – (anschaulich: Dürmeier 2005) braucht die Notwendigkeit, alternative Fragestellungen zu fördern, vielleicht nicht mehr besonders betont zu werden. In anderen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen nimmt die Zahl kritischer Akteure zwar auch ab, angesichts einer größeren Pluralität von Zugängen – bspw. im Falle der Industriesoziologie – ist dies aber nicht unbedingt nachteilig.

Es stellt sich eher die Frage, was industriesoziologische bzw. arbeitspolitische Forschung heute überhaupt noch ausmacht. Der Wandel der industriellen Beziehungen stellt die bisherige wissenschaftliche Rezeption zur Disposition. Insbesondere scheint die Sozialpartnerschaft von Teilen der Arbeitgeber aufgekündigt zu werden, wie sich nicht nur in der gegenwärtigen Debatte um die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung zeigt (BDI-/BDA-Kommission Mitbestimmung 2004). Während der vergangenen drei Jahrzehnte gewann zwar die gestaltende Rolle der Arbeitnehmerseite sowohl qualitativ als auch quantitativ an Bedeutung (Kotthoff 1994), heute dominiert aber oft die Moderation eines „Rückzugs“-Prozesses, was die Interessenvertretungen und Gewerkschaften auch von Seiten der Belegschaften unter Druck setzt. Für die Forschung bedeutet dies die Rückkehr zu teilweise mühsam überwundenen sozialen Konfrontationsvorstellungen bzw. -szenarien (vgl. Dörre 2005). In jedem Fall greift es zu kurz, die Arbeitsbe-



wissenschaftliche Erkenntnisse nicht an die Beschäftigten weitergereicht werden sollten, sondern ein Dialog des Erfahrungswissens der SeminarteilnehmerInnen und des formalen akademischen Wissens anstrebten (vgl. Negt 1975). So mancher Student, der in den 70er und 80er Jahren als Bildungsarbeiter erstmals mit Gewerkschaften in Berührung kam, gestaltet heute als Hauptamtlicher deren Arbeit mit.

Während kooperative Methoden in der Bildungsarbeit durchaus erfolgreich waren und sind, hat sich die Kluft zwischen Hochschulforschung und den Interessen von ArbeitnehmerInnen bzw. Gewerkschaften eher vergrößert. Schon die Ergebnisse des HdA-Programms verschwanden größtenteils in Schubladen. Aber dieses Transfer-Problem betrifft nicht allein die HdA-Forschung, sondern ist grundsätzlicher Natur. Die wissenschaftliche Forschung wird nach wie vor durch das gedankliche Modell geprägt, dass (allein) die WissenschaftlerInnen

der von ihr geförderten Forschungsprojekte ein. Hier sollen WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen einen Beitrag zu problemadäquaten Fragestellungen und Methoden leisten. Es geht also im Idealfall um eine aktive Beteiligung von PraktikerInnen (und anderen WissenschaftlerInnen), die auf diese Weise auch einen Beitrag zu den Forschungsergebnissen leisten. Wissenstransfer – auch wenn der Begriff nicht ganz richtig ist – geschieht so quasi nebenbei.

In der Praxis ist dieser Automatismus allerdings abhängig von einer aktiven Beteiligung, welche insbesondere auf Seiten von InteressenvertreterInnen und GewerkschafterInnen nicht immer vorausgesetzt werden kann. Gründe für dieses Defizit könnten einerseits die nach wie vor bestehende Distanz von Praxis und Wissenschaft sein, die PraktikerInnen abschreckt. Letztere sind um so eher bereit, sich in den genannten Kooperationsstrukturen einzubringen, wenn sie über Spezialwissen verfügen – unabhängig

ziehungen als nur konfrontativ oder nur partnerschaftlich zu sehen. In der Praxis wird es in Zukunft noch stärker als in der Vergangenheit darauf ankommen, den Spagat zwischen Schutz der Beschäftigteninteressen und aktiver Gestaltung auszuhalten. Letztlich werden sich die Gewerkschaften, wenn sie sich auf den von Teilen der Arbeitgeber vorgegebenen Konfliktkurs gänzlich einlassen, Gestaltungsmöglichkeiten ungenutzt lassen. Insofern ist die Debatte um die Zukunft der Industriellen Beziehungen nicht nur akademisch, sondern sollte viel stärker unter Beteiligung von GewerkschafterInnen und ArbeitgebervertreterInnen geführt werden.

Auch die Gewerkschaften können als Akteure der Wissenschaftspolitik darüber hinaus versuchen, auf die Berufungspolitik Einfluss zu nehmen, so dass z. B. die wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Zukunft wieder in höherem Maße durch plurale Auffassungen geprägt werden.

Die Pflege des wissenschaftlichen Nachwuchses kann und sollte allerdings erheblich früher anfangen: Zu wenig werden Studierende und Promovierende, selbst wenn sie StipendiatInnen der Hans-Böckler-Stiftung sind, in die gewerkschaftliche Arbeit eingebunden, systematische Kontaktpflege ist – beidseitig – im Grunde nicht vorhanden.

Funktion der Wissenschaft für Gewerkschaften

Unterstützung der eigenen Arbeit durch wissenschaftliche Forschung und Beratung gehört heute eher nicht zum Alltagsgeschäft eines Gewerkschaftssekretärs, gleichwohl ist die akademische Unterstützung alltäglich – und ebenso notwendig wie erwünscht. Um es plastisch zu machen: Beispielsweise argumentieren gewerkschaftliche Akteure in den politischen Debatten um die neuen Arbeitsmarktgesetze selbstverständlich in Kenntnis erster Evaluationsergebnisse. Und auch – um ein aktuelles Beispiel aus dem Kerngeschäft der Gewerkschaften zu nennen – bei der Weiterentwicklung der Tarifpolitik ist wissenschaftliche Expertise willkommen: So wird die aktuelle Einführung des gemeinsamen Entgelttarifments für Arbeiter und Angestellte (ERA) in der Metall- und Elektroindustrie durch eine Reihe Forschungsprojekte begleitet. Gleichzeitig erwartet die IG Metall von dieser „wissenschaftlich fundierten, Reflexions- oder Lernschleife“ für das weitere Handeln“ Kriterien und Ideen für die Weiterentwicklung des ERA (IG Metall, FB Tarifpolitik 2004, S. 3).

Voraussetzung für die wissenschaftliche Qualität von Forschung und daraus folgender Anwendung auf sachadäquate Problemlösungen ist die Unabhängigkeit von wissenschaftlicher Arbeit. Gewerkschaftsnaher Forschung hat als Gefälligkeitsforschung für die Gewerkschaften selbst – wenn über-

haupt – nur einen sehr eingeschränkten Wert. Wünschenswert ist dagegen, dass PraktikerInnen, Forschungsbedarfe benennen. Wissenschaft ist – ob sie es will oder nicht – notwendigerweise immer interessenbezogen, insofern ist die wissenschaftliche Untersuchung aktueller politischer Herausforderungen nicht nur sinnvoll, sondern nachgerade notwendig.

Durch die zunehmende gesellschaftliche Dynamik vergrößern sich die Probleme der Wissenschaft, zeitnah Erkenntnisse in politische Entscheidungsprozesse einspeisen zu können. Große Forschungsprojekte haben eine Laufzeit von zwei oder mehr Jahren. Für den Bevollmächtigten einer Verwaltungsstelle der IG Metall, der in seinem Alltagsgeschäft in Folge von strukturpolitischen Problemen mit Entlassungs- und Schließungswellen zu kämpfen hat, ist dies nur begrenzt nützlich. Ohne dass es zu einer Verfälschung von Ergebnissen kommen darf, ist es daher teilweise erforderlich, einen Kompromiss zwischen praktischen und wissenschaftlichen Erfordernissen zu finden. Einerseits nützt es der gewerkschaftlichen Praxis (zumindest mittel- bis langfristig) nichts, wenn hastig erarbeitete Ergebnisse falsch sind, andererseits ist auch die Wissenschaft darauf angewiesen, dass sie in der Praxis auf Interesse stößt. Gelöst werden kann das Problem möglicherweise dadurch, dass der über Beiräte gestützte Transfer zeitnaher gestaltet wird; z. B. indem die Wissenschaft sich auf konkrete praktische Fragestellungen stärker einlassen. Zum anderen können Kurzstudien auf eng abgegrenzte Einzelfragestellungen schnellere Antworten liefern.

Notwendigkeit arbeitspolitischer Förderprogramme

Ein dritter Akteur darf bei dem Thema Gewerkschaften und Wissenschaft nicht ausgeklammert werden: der Staat in seiner Rolle als Initiator von Forschungsprogrammen und Fördermittelgeber. Der Förderung arbeitspolitischer Forschung wird kein Ministerialer ihre Berechtigung absprechen und auch die in der großen Koalition vor allem zuständige Forschungsministerin wird sich nicht grundsätzlich verschließen, wenn es beispielsweise um industriesoziologische Fragestellungen, Prävention im Arbeits- und Gesundheitsschutz, Zukunft der Mitbestimmung usw. geht.

Auch hier gilt allerdings, dass die Forschungsfragen und -ergebnisse den Interessen der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen angepasst sein müssen, wenn sie nicht im akademischen Nirwana enden sollen. Insofern ist auch hier der Frage des Transfers und der Verfügbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse hohe Aufmerksamkeit zu widmen.

Aber das entscheidende Problem der öffentlichen Förderung ist ein anderes: Die

Zeiten der HdA-Programme sind vorbei und öffentliche Mittel werden knapper. Angesichts der Herausforderungen, vor denen unsere Wirtschaft steht, ist es fragwürdig, dass arbeitswissenschaftliche Institute immer weniger öffentliche Gelder erhalten. Auch die Bundesländer streichen so großzügig wie gedankenlos Mittel in diesem Aufgabenfeld. Dass mit der abseharen Schließung vieler dieser Institute ein großes Potenzial zur Erforschung von Innovationen in den Arbeitsprozessen auf der Strecke bleibt, wird offenbar billigend in Kauf genommen. Gerade in Zeiten, in denen die Bedeutung qualifizierter Arbeit für die Wirtschaftsleistung in der öffentlichen Debatte wieder vernehmbarer wird, sollten diese Entscheidung (nochmals) sorgfältig überdacht werden.

Die Kooperation von Wissenschaft und Gewerkschaften lässt sich optimieren. Insbesondere könnten durch einen höheren – insbes. personellen – Ressourcenaufwand und verbindliche Transferstrukturen die Bedingungen für den Transfer bzw. Austausch so verbessert werden, dass die Beziehung für beide Seiten produktiver wird. In diesem Zusammenhang sind auch die Anstrengungen, vorliegende Forschungsergebnisse für den öffentlichkeitswirksamen Transfer zu nutzen, zu nennen. Die Hans-Böckler-Stiftung hat mit dem „Böckler Impuls“ zumindest einen ersten Schritt in diese Richtung getan, der im betrieblichen Spektrum positiv aufgenommen wird.

Trotz bestehender Verbesserungsmöglichkeiten bei Kooperation und Transfer muss die laufende Streichung von öffentlichen Fördermitteln im Bereich der Arbeitsforschung unbedingt umgekehrt werden. Unabhängig von den genannten Verbesserungsoptionen bringt die Kooperation von Wissenschaft und Gewerkschaften für beide Seiten produktive Ergebnisse.

spw 1/2006

Literatur

- BDI-/BDA-Kommission Mitbestimmung (2004), Mitbestimmung modernisieren, hrsg. von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Bundesverband der Deutschen Industrie, Berlin.
- Fricke, Werner (2003), Forschung im Dialog statt Wissenschaftstransfer, in: Färber, Christiane u. a. (Hrsg.), Kooperation, Wissenschaft, Arbeitswelt, Münster, S. 32-42.
- Dörre, Klaus (2005), Intermediarität und gewerkschaftliche Identität, in: Industrielle Beziehungen, Heft 2, S. 207-212.
- Dürmeier, Thomas (2005), Post-Autistic Economics. Eine studentische Intervention für plurale Ökonomik, in: Intervention. Zeitschrift für Ökonomie, Heft 2, S. 65-76.
- IG Metall, FB Tarifpolitik (2004), ERA-Begleitforschung, unveröffentlichtes Manuskript, Frankfurt/M.
- Kötthoff, Hermann (1994), Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung, München, Mering (Schriftenreihe Industrielle Beziehungen, Bd. 8).
- Negt, Oskar (1975), Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung, 4. Aufl., Frankfurt/M.
- Popper, Karl R. (1987), Gegen die großen Worte, in: ders., Auf der Suche nach der besseren Welt, München, S. 99-113.